

Infobrief Januar 2013

Liebe Freundinnen und Freunde von ATTAC, liebe Mitglieder,

zunächst wünschen wir allen Lesern - wenn auch etwas verspätet – noch ein gutes und gesundes neues Jahr.

Im letzten Info-Brief November hatten wir uns mit der Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital beschäftigt.

Wir waren bei der Recherche und beim späteren Nachlesen selbst erstaunt wie kontinuierlich und schleichend sich der Umverteilungsprozess im Gesundheitsbereich und in der Arbeitsmarktpolitik seit den 1970er Jahren breit gemacht hat und wie wenig Widerstand es gegen die jeweiligen Maßnahmen gab.

Vielleicht lag das auch daran, dass die einzelnen Einschnitte für sich genommen nicht sonderlich tief waren und nicht unbedingt besonders wehgetan haben, dass sich in der Summe und im Laufe der Zeit aber doch erhebliche Beträge zwischen Arbeit und Kapital verschoben haben.

In diesem Info-Brief werden wir uns mit der finanzpolitischen Verteilung über Steuern. Die Angaben im Text stammen zum Großteil aus der Broschüre „Die Herren des Geldes – Reichtum und Macht des 1 %“ von Fred Schmid, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V..

Wir wünschen unseren Lesern eine aufschlussreiche Lektüre

ATTAC-Regionalgruppe Heilbronn

Inhalt

Fiskalpolitische Verteilung über Steuern	2
Steuerpolitik der letzten 30 Jahre.....	2
Steuerhinterziehung / Steuerbetrug / Steuerflucht	3
Lokales Bündnis Umfairteilen	3
Termine.....	4

Fiskalpolitische Verteilung über Steuern

Bei der Verteilung über Steuern verlangt der Staat den beiden Beziehergruppen des Volkseinkommens – Arbeitnehmer und Unternehmer/Selbstständige Einkommensteuern ab. Aus Bruttolöhnen werden so Nettolöhne und aus Bruttogewinnen Nettogewinne. Auch über die so genannten Massensteuern (Umsatz- und Verbrauchssteuern) findet Umverteilung statt.

Die Steuerpolitik war im letzten Jahrzehnt zunehmend angebotsorientiert. Diese wirtschaftspolitische Maxime, geht davon aus, dass das Investitionsverhalten (und damit das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung) in erster Linie von den Renditeerwartungen der Kapitalgeber bestimmt wird. Die Entscheidung, ob und wo investiert wird, ist daher aus Sicht der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vor allem von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (Geldwertstabilität, Löhne, Arbeitszeitregelungen, Steuern, staatlichen Auflagen etc.) abhängig.

Diese Rahmenbedingungen wurden in den vergangenen 30 Jahren zugunsten der Vermögenden und der Kapitalgesellschaften in erheblichem Umfang verändert. So wurden im Steuerwettbewerb mit anderen Staaten nach unten Gewinn- und Vermögenssteuern gekappt. Im Gegenzug stieg der Anteil der Massensteuern an, vor allem der Umsatz- und Verbrauchssteuern. Deutschland wurde immer mehr zum Steuerparadies für Reiche und Konzerne:

- So nimmt Deutschland bei der Besteuerung von Kapital in der EU die vorletzte Stelle ein
- und bei Steuern auf Vermögen liegt es im internationalen Vergleich ebenfalls an vorletzter Stelle.
- Bei der Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften nehmen deutsche Aktiengesellschaften und GmbHs, laut Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), sogar den untersten Rang ein.



Die großzügigen Steuergeschenke an Konzerne und Reiche waren den Regierungen des vergangenen Jahrzehnts zu danken: Ob Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb, alle genannten Parteien waren an der Umverteilung von unten nach oben beteiligt und alle sind damit verantwortlich dafür, dass die Polarisierung in Arm und Reich beständig zunahm.

Steuerpolitik der letzten 30 Jahre

Stichwortartig rufen wir nachstehend die verschiedenen „Steuerreformen“ in Erinnerung:

- Der **Spitzensteuersatz** wurde von 56 % (der bis 1989 galt) mehrmals um insgesamt 14 % auf nunmehr 42 % (seit 2006) gesenkt. Ab einem Einkommen von 250.000 Euro beträgt der Steuersatz 45 %. Spitzenverdiener haben dadurch jährlich insgesamt ca. 12 Milliarden Euro höhere Nettoeinkommen – entsprechend hoch sind die Steuerausfälle für den Fiskus. (verantwortlich: schwarz-gelb und rot-grün)
- Der **Körperschaftsteuersatz** wurde von ehemals 56 % (1977 – 1989) mehrmals gesenkt. Er beträgt seit 2008 lediglich noch 15 %. Die Körperschaftsteuer ist eine Steuer auf Gewinne von Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften und GmbHs). Die mehrmaligen Senkungen haben dazu geführt, dass trotz rasant gestiegener Profite der Kapitalgesellschaften die Körperschaftsteuer auf das Niveau einer Bagatellsteuer geschrumpft ist. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen betrug 2010 lediglich 1,9 %. (Für die mehrmaligen

Senkungen des Steuersatzes waren sowohl die rot-gelbe und rot-grüne Regierung als auch die schwarz-rote verantwortlich)

- Die **Abgeltungssteuer** wurde 2009 eingeführt. Sie begünstigt verstärkt die Bezieher hoher Zins- und Kapitalerträge. Die Steuer beträgt einheitlich 25 %. Vor deren Einführung waren die genannten Erträge mit dem persönlichen Steuersatz zu versteuern. So muss ein Einkommens-Millionär, der seine Million mit Spekulationen und Kapitaleinkünften macht, für diese nur 25 % Abgeltungssteuer bezahlen, obwohl diese Einkunftsart für die Gesellschaft keinen Mehrwert schafft. Würde er die Million mit vergleichsweise ehrlicher Arbeit verdienen, wären darauf ab 52.000 Euro 42 % und ab 250.000 Euro sogar 45 % Einkommensteuer fällig. (schwarz-rot)
- Die ebenfalls 2009 in Kraft getretenen **Erschaftssteuerreform** begünstigt Großerben und Firmenerben. Dadurch ist das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer, trotz gestiegener Erbschaftsvolumina um jährlich etwa eine halbe Milliarde gefallen. (schwarz-rot)
- Das „**Wachstumsbeschleunigungsgesetz**“ u.a. mit „Nachbesserungen“ der Unternehmenssteuer und Erbschaftssteuerreform und Steuervergünstigungen für Hoteliers führte zu jährlichen Steuerausfällen von ca. 8 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass Unternehmen auf Jahre hinaus Verluste von insgesamt 569 Mrd. Euro geltend machen und ihre Gewinne entsprechend frisieren können (schwarz-gelb).
- Im Gegenzug wurden die so genannten **Massensteuern** (Mehrwertsteuer, Mineralöl-, Stromsteuer u.a.), die in die Konsumentenpreise eingehen, erhöht. Der Anteil der Umsatz- und Verbrauchssteuern – ohne Mineralöl- und Energiesteuern – am gesamten Steueraufkommen, stieg von 34 % im Jahr 2000 auf 38 % im Jahr 2010. In diesem Zeitraum war die rot-grüne Koalition unter Schröder sowie die Große Koalition und die schwarz-gelbe unter Merkel am Ruder.

Addiert man alle Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener, Reiche und das Kapital zusammen, dann kommt man auf gut 50 Milliarden Euro pro Jahr, die dem Fiskus an Steuereinnahmen verloren gehen. In den Jahren 2000 - 2010 haben die Steuerreformen dem Staat Steuerausfälle von insgesamt 335 Milliarden Euro beschert.

Steuerhinterziehung / Steuerbetrug / Steuerflucht

Nicht berücksichtigt ist dabei das gigantische Ausmaß der Steuerhinterziehung, des Steuerbetrugs und der Steuerflucht. Diese Tatbestände untergraben systematisch die staatliche Steuerbasis und treiben unseren Staat in die Schuldenfalle. Schon 2003 schätzte der damalige Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Dieter Ondracek, den Umfang der Steuerhinterziehung auf 60 bis 70 Milliarden Euro

Lokales Bündnis Umfairteilen

Den Eindruck, dass Umverteilen auch Spaß machen kann, konnte man in der Vorweihnachtszeit auf dem Heilbronner Weihnachtsmarkt bekommen, wenn man einem der Umverteilen-Nikoläuse begegnet ist.

Freundlich überreichten die Nikoläuse Päckchen mit Taler und Nüssen – und einem roten Zettel. Doch die Aufschrift auf dem Zettel des Heilbronner Aktionsbündnisses „Umfairteilen“ war dann doch ziemlich



ernst.

Da finden sich Sprüche wie:

- „Sozialstaat war gestern – Heute sahen wir ab“
- „Sie finden Kinderarmut in unserer reichen Stadt ist eine Schande?“
- “Obdachlos? Kein Problem! Heilbronn hat viele Brücken!“
- „Niemand soll hungern ohne zu frieren!“.

Manche dieser Sätze waren zynisch und sollten auf diese Weise wachrütteln.

Auch das Fernsehen hatte von der Aktion etwas mitbekommen; L-TV berichtete in ihren Regionalnachrichten darüber:

<http://www.attac-netzwerk.de/heilbronn/themen/umfairteilen/2012-12-20-weihnachtsmann/>

Termine

01.02. (Fr)	20:00	Film: „Die Zukunft pflanzen“. Kurzbeschreibung: Mittlerweile beweisen weltweit aktive Initiativen, dass ökologische Landwirtschaft, die umweltgerecht und ressourcenschonend verfährt, nicht nur möglich, sondern auch ertragreicher ist als die industrielle Produktion von Nahrungsmitteln. Voraussetzung dafür ist, dass den Bauern - und nicht nur den Großproduzenten unter ihnen - wieder eine Schlüsselrolle in der für die Zukunft der Menschheit so wichtigen ökologischen Landwirtschaft zugewilligt wird. Ort: Frauenräume, Heilbronn, Achtungstr. 37
02.02. (Sa)		Bus zur Sicherheitskonferenz München (SiKo) Der Arbeitskreis Internationale Solidarität Heilbronn organisiert einen Bus zur Großdemo gegen die Sicherheitskonferenz in München Infos und Tickets: akis-hn@gmx.de
07.02. (Do.)	19:00	DGB-Podiumsdiskussion - Mindestlohn, Altersarmut, Rente mit 67
08.02. (Fr.)	20:00	Film: Water makes Money
13.02. (Mi)	19:30	AG Nachhaltigkeit – Frauenräume, HN, Achtungstr. 37 Wir lesen und besprechen das Buch Gemeinwohlökonomie von Christian Felber
17.02. (So.)	10:00	Attac kennenlernen
19.02. (Di)	20:00	Stammtisch EnerGeno
20.02. (Mi)	18:30	Plenum Regionalgruppe Heilbronn
28.02. (Mi)	19:30	Solidarische Landwirtschaft – regelmäßiges Treffen

Mehr Detailinformationen zu den Terminen finden sich unter:

<http://www.attac-netzwerk.de/heilbronn/termine/>



Ihre ATTAC-Regionalgruppe Heilbronn